

**Rede
des Sprechers für Jugendpolitik**

Marten Gäde, MdL

zu TOP Nr. 35

Erste Beratung

**Unsere Kinder schützen - nein zur frühkindlichen
Sexualisierung!**

Antrag der Fraktion der AfD – Drs. 19/2227

während der Plenarsitzung vom 15.09.2023
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der hier vorliegende Antrag ist wieder einmal ein typisches Beispiel für die parlamentarische Arbeit der AfD-Fraktion.

Sie mischen Sachkenntnis in der Frage des Kinderschutzes mit an den Haaren herbeigezogenen Theorien eines Sexualisierungswahnes, in Verbindung mit ihrer üblichen Portion gruppenbezogenen menschenfeindlichen Hasses.

Es ist unfassbar, wie Sie in ihrem Antrag schrecklichste Vorfälle des Missbrauchs inhaltlich verquicken, beispielsweise mit Buchlesungen zu queeren Themen oder Informationsmaterialien und Angeboten zur sexuellen Vielfalt.

Sie wollen mit ihrem Framing nicht Kinder schützen! Sie nutzen ein derart sensibles Thema wie den Schutz unserer Kinder, um ihre kruden Ideologien zu verbreiten. Sie stützen sich in dem Antrag auf bewusst verkürzende und falsch darstellende Quellen. Sie wollen Verunsicherung verbreiten.

Darauf lassen wir uns nicht ein. Das wird dem Thema Kinderschutz nicht gerecht. Kinderschutz hat in Niedersachsen höchste Priorität.

Die in den letzten Jahren bundesweit bekannt gewordenen Missbrauchsfälle und -strukturen haben verdeutlicht, dass die bestehenden Frühwarn- und Präventionssysteme offenbar bei Weitem nicht ausreichend sind. Es kommt hinzu, dass sich im Zuge des technischen Wandels und insbesondere durch die neuen Medien die Möglichkeiten vervielfacht haben, auf kinderpornographische Inhalte zuzugreifen und solche Inhalte zu verbreiten.

Darauf wurde reagiert: Der Landtag hat sich bereits in den vergangenen Jahren mehrfach intensiv mit dem Ziel der Etablierung eines nachhaltigen Qualitätsstandards zum Schutz von Kindern befasst und dazu u. a. weitreichende Entschließungsanträge in die Beratungen eingebracht. Zu nennen ist hier insbesondere der Entschließungsantrag aus der 18. Walperiode „Gewalt gegen Kinder: Kinderschutz weiterentwickeln – Beratung stärken!“. Der Landtag hat am 06.10.2020 beschlossen, eine Enquetekommission zur Verbesserung des Kinderschutzes und zur Verhinderung von Missbrauch und sexueller Gewalt an Kindern einzurichten.

Ziel der Enquetekommission war die Aufarbeitung struktureller und organisatorischer Parallelen sämtlicher bekannter Missbrauchsfälle. Die Kommission zur „Prävention von sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen“ hat konkrete Vorschläge gemacht, wie der Kinderschutz in Niedersachsen wirksam verbessert, sexuelle Gewalt an Kindern

und Jugendlichen verhindert und Pädokriminalität erfolgreich bekämpft werden kann.

Die Empfehlungen im Bereich Intervention umfassen unter anderem die Verbesserung der Melde- und Dokumentationspflichten bei Verdachtsfällen von Kindeswohlgefährdung, die Stärkung der Kinder- und Jugendhilfe als zentrale Säule des Kinderschutzes, um eine bedarfsgerechte, individuelle und partizipative Hilfeplanung und -umsetzung zu ermöglichen, die Optimierung der Kooperation und Vernetzung zwischen den verschiedenen Akteuren im Kinderschutz, wie Jugendämtern, Schulen, Gesundheitswesen, Polizei, Justiz und Zivilgesellschaft, die Erweiterung der Schutz- und Hilfsangebote für spezielle Zielgruppen im Kinderschutz, wie Mädchen und Jungen mit Behinderungen, mit Migrationshintergrund oder mit besonderen psychischen Belastungen, die Etablierung von Kinderschutz-Zentren als Anlaufstellen für Kinder, Jugendliche und Familien in akuten Krisensituationen, um ihnen eine schnelle, qualifizierte und unbürokratische Unterstützung zu bieten.

Die Empfehlungen zur Prävention umfassen unter anderem die Einführung einer bundesweiten Präventionsstrategie und eines Landespräventionsgesetzes, um die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für den Kinderschutz zu betonen und die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure zu verbessern. Die Förderung von Präventionsprogrammen in Familien, Kitas, Schulen, Vereinen und anderen Einrichtungen, um das Bewusstsein für den Kinderschutz zu erhöhen. Die Schaffung von Anlaufstellen und Beratungsangeboten für Kinder, Jugendliche und Eltern, um ihnen eine niedrigschwellige und vertrauliche Unterstützung bei Fragen und Problemen rund um den Kinderschutz zu bieten. Die Verbesserung der Datenlage und Forschung zum Kinderschutz, um die Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen zu evaluieren, den Wissensaustausch zu fördern und die Qualitätsentwicklung zu unterstützen.

Anschließend an die Enquetekommission hat die neue Landesregierung unter Federführung unseres Sozial- und Kinderschutzministers Andreas Philippi ihre Bestrebungen intensiviert und einen IMAK, den interministeriellen Arbeitskreis „Kinderschutz“ gegründet, um die Stärkung eines wirkungsvollen und effektiven Kinderschutzes in Niedersachsen noch weiter voranzutreiben. Ihm gehören neben dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, das Ministerium für Inneres und Sport, das Justizministerium, das Kultusministerium, das Ministerium für Wissenschaft und Kultur, sowie das niedersächsische Landesjugendamt an. Auf diese Weise wird die Zusammenarbeit intensiviert und auf ein neues Qualitätsniveau gehoben. Um die Vorschläge der Enquetekommission weiter umzusetzen.

Die Niedersächsische Landesregierung unterstreicht damit die Bedeutung des Vernetzungs- und Schnittstellengedankens bei der wichtigen Aufgabe des Schutzes von Kindern vor Gewalt, Misshandlung und Vernachlässigung.

Im Oktober 2023 erfolgt die Unterrichtung des Kabinetts zum aktuellen Sachstand. Bis Mitte 2024 legt der IMAK der Landesregierung ein Konzept vor, das in eine niedersächsische Kinderschutzstrategie mündet.

Sie sehen also: Das Land Niedersachsen, die Landesregierung und das Parlament haben sich auf den Weg gemacht, den Kinderschutz in Niedersachsen zu verbessern.

Und wir setzen uns ehrlich für Kinderschutz ein. Unser Ziel ist es, unsere Kinder zu schützen. Und das werden wir tun. Denn Kinderschutz hat in Niedersachsen oberste Priorität.

Vielen Dank.